



An den
Rat der Gemeinde Steinfeld
z.H. Bürgermeisterin Manuela Honkomp

07.04.16

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Schulsozialarbeit hier: St. Johannes-Schule

Antrag: Die Gemeinde Steinfeld stellt für die Grundschule Steinfeld im Haushaltsjahr 2016 Haushaltsmittel in Höhe von 12.000 € und danach jährlich 25.000 € für die Schulsozialarbeit zweckgebunden neben dem Schulbudget zur Verfügung. Diese Mittel können bei Vorlage eines Konzeptes und dem entsprechenden Bedarf abgerufen werden. Die Bereitstellung erfolgt längstens bis zur Finanzierung durch das Land Niedersachsen.

Weiter sind Anträge und eine Stellungnahme zum Einsatz von Schulsozialarbeit als Aufgabe des Landes, abzugeben.

Begründung: Die Schulsozialarbeit fördert individuell und interveniert bei Schulpflichtverletzungen sowie Gewalt und Verhaltensauffälligkeiten. Die Schüler/-innen und Lehrpersonen haben eine Anlaufstelle bei Problemen jeglicher Art. Präventive Angebote verbessern das tägliche Miteinander an der Schule und tragen zur Stabilisierung des Schulerfolgs und zur gesellschaftlichen Integration bei. Durch die Vernetzung mit anderen Institutionen können bei Bedarf passgenaue Hilfen für die Schüler/-innen angeboten werden.

Bei den Herausforderungen der Integration können Schulsozialarbeiter u.a. durch Projekte einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Zusammenleben in den Schulen und darüber hinaus leisten. Auch beim Erkennen von Schülern mit traumatischen Belastungen können sie eine entscheidende Rolle spielen.

In einer Ganztagschule bekommen verschiedene soziale Themen eine größere Bedeutung. Auch hier ist ein Sozialarbeiter die passende Antwort auf die daraus resultierenden Herausforderungen. Je früher Kinder mit bestimmten Defiziten in ihrem Schulleben von einem Schulsozialarbeiter Hilfe erfahren, desto größer ist die Chance auf einen guten Bildungsabschluss und ein erfolgreiches Berufsleben.

Durch Schulsozialarbeit an Grundschulen werden sozial benachteiligte Kinder frühzeitig unterstützt und gefördert. Dieses entlastet auch den Regelunterricht und kommt somit allen Schülern zugute. Auch weiterführende Schulen würden erheblich von dem Ausbau der Schulsozialarbeit an Grundschulen profitieren, da die Kinder dann beim Wechsel auf die weiterführende Schule bereits mehrere Jahre sozialpädagogisch unterstützt worden sind.

Schulsozialarbeit ist nach unserer Auffassung eine Aufgabe des Landes und entsprechend von dort zu finanzieren. Dieser Verantwortung kommt das Land derzeit nicht nach. Ein angekündigtes Konzept für schulische Sozialarbeit wird voraussichtlich vom Land frühestens ab 2017 umgesetzt werden.

Bereits am 25.01.2012 sagte der CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzende Josef Schlarman zur Sozialarbeit an Schulen: „ ... Aber wenn sich zeigt, wir brauchen mehr Sozialarbeiter, sind wir die letzten, die Nein sagen. Dann machen wir auf eigene Kosten was. Denn die Familie ist für uns das Grundlegende.“

So wurde am 7.04.2016 vom Kreistag beschlossen, dass den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine Zuweisung von 2.000.000 € für die Bereiche Familie, Jugend, Schule und Inklusion erhalten, davon werden der Gemeinde Steinfeld 145.742 € zugewiesen. In der Begründung wurde von dem Kreistagsabgeordneten Walter Goda die Schulsozialarbeit in den Vordergrund gestellt.

Der Bedarf an der St. Johannes-Schule ist vorhanden und wird auch zukünftig bestehen. Wer von Chancengleichheit im Bildungssystem spricht, der muss ein durchdachtes Konzept zum Thema Schulsozialarbeit vorlegen. Bereits am 30.04.2014 wurde von der St Johannes-Schule Steinfeld ein Antrag gestellt und mit Schreiben vom 14.11.2014 die Notwendigkeit begründet. Mit Schreiben vom März 2016 wurde dieser Antrag vom Schulleiternrat bekräftigt.

Ebenso wurde im Demografie-Pakt die Einführung der Schulsozialarbeit für 2015 beschlossen. Um sie bei der St. Johannes-Schule leisten zu können, ist daher übergangsweise eine Finanzierung durch den Schulträger erforderlich.

Um Zustimmung bittet die UWG/SPD Gruppe



Gruppenvorsitzender